Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Köthen (Anhalt), 08.01.2021

über die 13. Sitzung des Bau-, Sanierungs- und
Umweltausschusses
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum : 17.12.2020	Ort : 06366 Köthen (Anhalt)
Beginn : 18:30	Straße : Marktstraße 1-3
Ende : 19:50	Raum : Ratssaal

Anwesende Mitglieder 11 (siehe Anhang)
lt. Teilnehmerliste :

Von der Verwaltung Ina Rauer (D 6/Dezernentin)
waren anwesend : Dr. Sven-Henning Schlömp (Amt 65/AL)
Nico Kloose (Amt 73/AL)
Jan Dornbusch (Stadtentwicklung/Planung/AL)
Stefan Marx (BOA/SGL)
Erik Scheumann (Amt 60/SB Sanierung)
Birgit Leps (RPA)
Cathrin Emmer (Amt 60/Protokoll)

Außerdem waren Bürger
anwesend (Gäste) :

Tagungsleitung : Stadtrat Klimmek

Schriftführer : Cathrin Emmer

Ausschussvorsitzender

Dezernentin

Schriftführerin

Uwe Klimmek

Ina Rauer

Cathrin Emmer

Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
1	Eröffnung	
1.1	Einwohnerfragestunde	-
1.2	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.4	Haushaltskonsolidierungs- und Liquiditätskonzept für das Haushaltsjahr 2021 einschließlich der Finanzplanjahre bis 2029	2020117/15
2.5	Haushaltssatzung für das Jahr 2021 für die Stadt Köthen (Anhalt) und Haushaltsplan 2021 als Teil der Satzung mit seinen Bestandteilen und Anlagen	2020116/13
2.6	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-
3	Behandlung der nichtöffentlichen TOPs	
3.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.2	Informationen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.3	Bestätigung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.4	Vergabe der Bauleistungen im Rahmenzeitvertrag für die Leistungsbereiche 600 Erdarbeiten 606 Entwässerungskanalarbeiten 615 Verkehrswegearbeiten für die Straßenunterhaltung öffentlicher Straßen in der Straßenbaulastträgerschaft der Stadt Köthen	2020168/1
3.5	Anfragen und Anregungen (nichtöffentlicher Teil)	-

Protokolltext

öffentlicher Teil

1. Eröffnung

Stadtrat Klimmek eröffnet die Sitzung des Bau-, Sanierungs- und Umweltausschusses.

1.1 Einwohnerfragestunde

Keine Anfragen

1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung

Stadtrat Reisbach hinterfragte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung. Die elektronischen Unterlagen waren erst am den Dienstag 15.12.2020 im Netz eingestellt. Eine Einarbeitung in die Unterlagen war daher nicht möglich.

Frau Rauer erläuterte, dass dies für den öffentlichen Teil zutrifft, jedoch nicht für den nicht öffentlichen Teil, da dieser nicht der Veröffentlichungspflicht unterliegt. Es handelt sich um 3 Stadträte, welche zu spät in die Unterlagen einsehen konnten. Sollte von diesen Stadträten eine Rüge kommen, kann auch der nichtöffentliche Teil nicht beschlossen werden.

Der Ausschussvorsitzende StR Klimmek fragte entsprechend den Erläuterungen der Verwaltung nach, ob die Ordnungsmäßigkeit der Ladung gerügt wird. Herr Reisbach erklärte, dass es nicht gerügt wird.

Weiter fragte StR Klimmek nach, ob jemand anderes rügen möchte. Es wurde keine weitere Rüge ausgesprochen.

Die Beschlussfähigkeit sowie die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wurde festgestellt.

2 Behandlung der öffentlichen TOPs

2.1 Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)

StR Stahl hat eine Anmerkung zur letzten Niederschrift bzgl. Infotafel am Parkplatz Prinzessinnhaus/Mauer Injoy. Seine Anfrage lautete, in wessen Verantwortung die Tafeln ausgetauscht worden sind und wer den Austausch vorgenommen hat. Er bittet um Korrektur.

Die Niederschrift öffentlicher Teil mit 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltung bestätigt.

2.2 Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)

Frau Rauer informierte, dass die am Dienstag den 15.12.2020 geplante Vorstellung hinsichtlich der Standortentscheidung für die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, Corona bedingt ausgefallen ist. Auf Grund der hohen Anzahl von Kameraden (ca. 40) wurde keine passende Räumlichkeit gefunden.

Frau Rauer antwortete auf Anfragen aus der letzten Sitzung wie folgt:

StR Gahler bat um Prüfung, ob in der Straße Am Hubertus im Bereich zwischen Studentenwohnheim und Geuzer Straße das fehlende Stück Gehweg angelegt werden kann.

stellt sich schwierig dar, da die Gehwegbreiten an dieser Stelle nicht ausreichen um auf die Geuzer Straße zu gelangen. Dies müsste im Rahmen der Sanierung der Straße mit umgesetzt werden.

StR Gahler bat weiter um Prüfung, ob die Wolfgangstraße und eine entsprechende Parallelstraße als Einbahnstraße eingerichtet werden kann.

Aus verkehrstechnischer Sicht ist es nicht ratsam, diese gut ausgebaute Verbindung zwischen Bernburger Straße und Fasanerieallee in eine Einbahnstraße zu verändern. Es müsste parallel eine ähnlich gut ausgebaute Straße vorhanden sein, die den anderen Richtungsverkehr aufnimmt. Die vorhandenen Parallelstraßen Querallee, die Antoinettenstraße und die Straße am Hubertus sind dafür nicht geeignet.

StR Gahler wies darauf hin, dass in dem kleinen Teich am Hubertusteich ein Einkaufswagen liegt und bat um Entfernung.

Ist entfernt worden.

StR Schaller-Engelmann bat um Prüfung, ob das Parken am Straßenrand in Merzien in der Straße der DSF künftig zugelassen werden kann.

Straßenverkehrsrechtlich ist auf öffentlichen und dem Verkehr gewidmeten Straßen – auch in der Straße der DSF in Merzien - das Parken erlaubt, soweit nachfolgende Einschränkungen nicht vorliegen:

1. Halten und Parken ist nicht erlaubt bei
 - eingeschränkten und absoluten Haltverboten nicht vorhanden
 - engen oder unübersichtlichen Straßenstellen oder scharfen Kurven
 - durchgezogenen Fahrbahnbegrenzungslinien („Sperrlinien“) hier an den Ortseingängen
2. Parken ist nicht erlaubt
 - 5 m vor oder hinter Kreuzungen und Einmündungen
 - vor Bordsteinabsenkungen
 - vor Grünstreifen

Für ein Parken auf dem Randstreifen muss ein entsprechender Ausbau des Randstreifens gegeben sein, um Schäden zu vermeiden.

Das Parken in diesem Bereich ist auf der Straße zulässig, so Frau Rauer.

StR Schaller- Engelmann wies darauf hin, dass es sich bei seiner Anfrage um das Parken auf den Schotterflächen handelte.

Frau Rauer betonte, dass das Parken **nur** auf der Straße zulässig ist.

StR Schaller-Engelmann wies darauf hin, dass an der Ampelkreuzung August-Bebel-Straße/Siebenbrünnenpromenade eine sehr lange Schaltdauer eingestellt ist. Er bat um Überprüfung durch den Straßenbaulastträger.

Laut Info am 23.11. der Landesstraßenbaubehörde (LSBB) haben alle Ampeln neue Steuergeräte bekommen, wodurch es zu Veränderungen in der Rotphase gekommen sein kann. Die LSBB hat die Funktion vor Ort geprüft und konnte die Wartezeiten von etwa 10 Minuten nicht bestätigen. Wahrscheinlich war es die letzte Rotphase vor Abschaltung.

StR Heeg und StR Stößel bat um Prüfung, ob die jetzt im Bereich des Krankenhauses

Hallesche Straße vorgenommene Totalversiegelung des Grundstücks zulässig ist und erwartet ggf. eine Aufforderung, diese zu beseitigen.

Das Umgestalten von Vorplätzen oder Vorgärten durch Pflasterarbeiten ist nicht baugenehmigungspflichtig. Eine planungsrechtliche Regulierung des Bebauungsgrades ist außerhalb von Bebauungsplänen nicht möglich (keine analoge Anwendung der Bestimmungen zur Grundflächenzahl). Mit Inkrafttreten der BauO-Änderung (neuer § 8 Abs. 2), vermutlich im März 21, müssen dann bestimmte Grundstücksteile wasserdurchlässig bleiben und begrünt werden. Dann ist ein Einschreiten gegen Totalversiegelungen, so sie denn aufgespürt und verfolgt werden können, möglich.

StR Stahl bat darum, bei der Beantragung von Baugenehmigungen für Leuchtreklamen an Kreuzungen aus den Erfahrungen der bereits stehenden Leuchtwerbungen im Bereich Friedhofstraße/Hallesche Straße und Kreisel Kastanienstraße ggf. die Anträge zu versagen, weil eine erhebliche Beeinträchtigung der Verkehrsteilnehmer zu verzeichnen ist.

Die Versagung einer Baugenehmigung ist nur möglich, wenn dem Vorhaben öffentlich-rechtliche Vorschriften entgegenstehen. Andere Gründe dürfen nicht herangezogen werden. Im Genehmigungsverfahren werden die für das Verkehrsrecht zuständigen Behörden, Polizei, Straßenverkehrsbehörde und Landstraßenbaubehörde zu den Werbeanlagen beteiligt. Soweit diese Behörden keine Versagungsgründe wegen Beeinträchtigung geltend machen, darf die Genehmigung aus diesem Grund nicht abgelehnt werden. Hinsichtlich der genannten Anlagen sind der Stadt keine Beschwerden bekannt. Anfängliche Probleme mit der Helligkeit in den Nachtstunden wurden mittlerweile ausgemerzt. Bis jetzt ist nicht bekannt, dass diese Bereiche Unfallschwerpunkte darstellen und Beschwerden vorliegen. StR Stahl fragte nach, ob die Werbeanlagen keine Ortsbildbeeinträchtigung darstellen und die Stadt eingreifen könnte.

Durch Frau Rauer wurde erläutert, dass dies mit der Werbesatzung zusammenhängt. Werden derartige Werbeanlagen aufgebaut, welche sich nicht im Bereich der Werbesatzung befinden, kann die Genehmigung erteilt werden.

Frau Rauer informierte, dass die Stadt einen Fördermittelantrag zur Wiederaufforstung von Teilflächen der Fasanerie entsprechend der Begehung vom November 2018 gestellt hat.

StRn Lange bat aus dem Protokoll der letzten Sitzung heraus um Informationen, ob und wann eine Terminvereinbarung mit Herrn Schröder zur Baumfällung im Bereich Hallesche Straße, ehemals BMK, vereinbart wurde.

Der Termin fand im Februar 2019 statt. Es wurden 18 Bäume beantragt. Der Antrag wurde für die 18 Bäume genehmigt und mit der Auflage von 21 Ersatzpflanzungen versehen. Die Fällungen sind erfolgt, die Ersatzpflanzungen werden mit der Realisierung des Bauvorhabens umgesetzt.

Durch den Bauherren ist ein weiterer Antrag auf Fällung von 3 Kastanien gestellt worden, da diese Bäume das geplante Baufeld beeinträchtigen.

Dazu gab am Oktober 2020 einen Vororttermin. Eine Genehmigung hierfür wird nur mit der Auflage erteilt, dass im Rahmen der Umsetzung des Bauvorhabens die erforderlichen Ersatzpflanzungen umzusetzen sind.

StR Rosenkranz bittet um Überprüfung, ob in der Wolfgangstraße auf der rechten Seite in der Zeit von 7:00 Uhr bis 9:00 Uhr Parkverbot eingerichtet werden kann, weil parkende Autos den fließenden Verkehr stark behindern.

2.3 Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Die Tagesordnung öffentlicher Teil wurde einstimmig angenommen.

2.4 Haushaltskonsolidierungs- und Liquiditätskonzept für das Haushaltsjahr 2021 einschließlich der Finanzplanjahre bis 2029

Abstimmungsergebnis: 5 / 1 / 5 (Ja/Nein/Enthaltung)

2.5 Haushaltssatzung für das Jahr 2021 für die Stadt Köthen (Anhalt) und Haushaltsplan 2021 als Teil der Satzung mit seinen Bestandteilen und Anlagen

Frau Rauer wies auf die ausgereichten die Änderungsanträge der AfD und der CDU Fraktion hin und fragte nach, ob Lesezeit erwünscht ist oder wie die Ausschussmitglieder damit umgehen wollen.

StR Reisbach bat darum, die Anträge zurückzustellen und nach Beratung in den Fraktionen erst im Hauptausschuss zu behandeln.

Seite	Produkt	SK	USK	Bezeichnung	Ergebnis
33	11.1502.00	522102	73000.Neu	Umgestaltung Marktplatz	7/3/1
35	42.1.001.00	522102	56000.51820	Unterhaltung Laufbahn Ratswall (StR Reisbach hat an der Abstimmung nicht teilgenommen/befangen)	3/3/4
35	42.1.001.00	529102	56000.65550	Erstellung Sportstättenbedarfsermittlung	11/0/0
35	52.1.001.00	501202	61300.41400	Dienstbezüge Angestellte Bauordnung (mit Konkretisierung der Stellenanforderung)	9//2/0
37	55.2.100.00	522104	69000.51000	Unterhaltung der Gewässer	3/2/6
37	55.3.001.00	521101	75000.51800	Unterhaltung des Friedhofes	11/0/0
37	57.1.001.00	448100	79100.17102	FM v. Land f. Kohleausstieg Projektvorbereitung	10/0/1
37	57.1.001.00	529102	79100.60600	Aufw. f. Kohleausstieg Projektvorbereitung	10/0/1
37	57.1.001.00	448100	79100.17103	FM v. Land f. Kohleausstieg Personalkosten	9/0/2
37	57.1.001.00	501202	79100.41401	Personalaufwendungen Förderstelle Struktur- stärkungsgesetz	9/0/2
193	54.1.001.00	681000	63000.36000	Einz. aus Bundeszuweisung f. Ausbau Geh- und Radwege	10/0/1
193	54.1.001.00	785200	63000.96200	Ausbau von Rad- und Gehwegen	10/0/1
193	54.1.001.00	785200	67000.95101	Errichtung Lichtpunkt Wülknitz	0/2/9
193	55.1.001.00	785300	58000.93521	Anpflanzungen Bäume im ges. Stadtgebiet	11/0/0
193	55.1.001.00	785300	5800.33522	Wiederaufforstung Fasanerie	10/0/1
193	55.3.001.00	681100	75000.36100	Einzahl. f.d. Anschaffung v. Kriegsdenkm. v.Land	10/0/1
193	55.3.001.00	785300	75000.96001	Ausz. f. d. Anschaffung v. Kriegsdenkmälern	10/0/1
195	57.1.001.00	681100	79100.36100	Einz.Strukturstärkungsges. z. Entw. Gewerbestandorte	8/0/3
195	57.1.001.00	782100	79100.96100	Ausz.Strukturstärkungsges. z. Entw. Gewerbestandorte	8/0/3

Über die vorliegenden Änderungsanträge zum HH-Planentwurf 2021 erfolgte keine Abstimmung, diese werden im Hauptausschuss behandelt.

52.1.001.00	div.	div.	Rückübertragung des BOA an den Landkreis
52.1.001.00	div.	div.	Ansatzkürzungen Reinigung BOA u. bauordnungsrechtliche Ersatzvornahme
11.1.502.00	522103	59100.51800	Wartung u. Instandsetzung Springbrunnen
54.1.001.00	522103	67000.51000	Unterhaltung der Straßenbeleuchtung
54.1.001.00	785200	67000.95100	Ergänzung und Erneuerung Straßenbeleuchtung
11.1.502.00	Neu	Neu	Rückstellung aus Grundstücksverkäufen

Abstimmungsergebnis entsprechend protokollierter Änderungen: 8 / 0 / 3
(Ja/Nein/Enthaltung)

2.6 Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)

StR Reisbach verlas im Auftrag von StR Gahler verschiedene Anfragen und Anregungen welche dieser Niederschrift beiliegen.

StR Rosenkranz verwies auf den Vandalismus und die verschlossenen, zugewachsenen und teilweise verwilderten Flächen im Bereich der Landwiese und bittet um einen entsprechenden Lösungsvorschlag. Er fragt nach, wer für diese Flächen verantwortlich zeichnet.

Durch Frau Rauer wurde der letzte Stand des Bereiches erläutert. Durch den immer währenden Vandalismus wurde der Bereich abgesperrt.

StR Rosenkranz wies weiter darauf hin, dass Wege nicht fertig gestellt wurden sind bzw. ziellos enden.

Die Wegeführung wird noch einmal in einem Plan dargestellt und ausgereicht, so Frau Rauer.

Weiterhin kritisiert er den Zustand der wassergebundenen Wege, da diese mit sehr grobem Schotter durchsetzt sind und insofern für ältere Leute äußerst problematisch zu begehen sind.

StR Stahl bemerkte, dass einige Verkehrsschilder im Stadtgebiet nicht ordnungsgemäß in richtiger Höhe angebracht sind und erkundigt sich nach dem Umsetzungsstand. Wer ist dafür verantwortlich und entstehen dadurch Kosten?

Frau Rauer erklärte, dass dies durch den Betriebshof realisiert wird und bei der Umsetzung auch Kosten entstehen z.B. Ersetzen durch höhere Masten und Personalkosten.

StR Stahl möchte wissen, ob die an den Beleuchtungsmasten angebrachten teilweise leeren Werbeträger im Eigentum der Stadt sind, wie lange die Laufzeit des Werbevertrages ist und ob in dem Vertrag geregelt ist, dass auf den Werbeträgern eine Werbung erfolgen muss.